

Hoffnung zu geben und es vom preußischen Polizeigefest zu befreien.

Die zweite Beratung soll noch vor Ostern stattfinden. Die Kreislinie hat es sehr eilig, diese sonderbare "liberale" Frucht der Blockpolitik zur vollen Reife zu bringen.

Der Arbeiterschaft bleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um nochmals zu dem Gesetz, das jetzt noch reaktionär ist als in der von der Regierung vorgelegten Fassung, Stellung zu nehmen. Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Erwachen, allerorts Versammlungen zu berufen und gegen eine solche Verwendung und Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts Protest zu erheben. Besonders muss die Arbeiterschaft Südwürttembergs sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte wehren. Wir erläutern die Versammlungsleiter, die Beschlüsse unverzüglich dem Reichstag und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, der Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wedeln und die Kreislinigen und Demostaten, die nicht ganz zu Handlangern für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches doch natürlich Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das grösstmöglich verlegt.

Die Arbeiterschaft muss noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinigung zu bewahren.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Vogien.

Wir schließen uns dieser Aufforderung an und ersuchen die Parteigenossen, gemeinsam mit den Gewerkschaftskreisen das Erforderliche zu veranlassen.

Der Parteivorstand.

Tie Eile der Berater.

* Die Feststellung des Kommissionserichts ist gewöhnlich eine rein formale Angelegenheit, im Falle des Vereinsgesetzes haben es die Blockparteien aber so sorgfältig gehabt, die jährlinge Freude der Blockpolitik in Sicherheit zu bringen, dass sie sich nicht einmal die vorgeschrriebenen Termine gehalten haben. Der erste Teil des sehr umfangreichen kritischen Berichts war den Mitgliedern des Kommission er am Mittwoch abends, der zweite Teil am Donnerstag früh, der dritte Teil am Donnerstag abend zugegangen, ja, einige Abgeordneten wurde er erst kurz vor dem Beginn der Sitzung überreicht. Deshalb war es durchaus vorrecht, dass unsere Genossen mit Unterstützung der Polen gegen die Feststellung des Berichts an das Plenum Einfluss erholen, weil unter diesen Umständen seine Prüfung unmöglich war. Im Bericht selbst wurde vielfach vorliegt. Dieses Gesetz wird am Dienstag fortgesetzt werden. Besonders interessiert an der rohen Erledigung des Blockvertrages ist der Volkmanns-Pol. Es deutete an, dass die zweite Lesung des Vereinsgesetzes im Plenum am Donnerstag oder spätestens am Freitag beginnen sollte. Da der schriftliche Bericht 45 Stunden vor der Plenarsitzung in den Händen der Abgeordneten sein muss, muss mit Hochdruck gearbeitet werden, um das umfangreiche Werk noch Dienstag abend oder Mittwoch früh in die Hände der Reichstagsmitglieder zu bringen.

87.

Die konserватive Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus hat folgenden Antrag gestellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Königliche Staatsregierung zu erlauben, für den Fall, dass ein Reichsvertragsgebot vorliegen sollte, dass die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen, Ausnahmen von dieser Bestimmung über der Bundesgrenze zu überlassen sind, schenkt eine Vorlage einzubringen, durch die der umstrittene Gehalt der Litauischen, u. a. russischen und polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen landesgesetzlich gewährleistet wird.

Dieser zu Abschlag gestellte Antrag ist ein ausgesetztes Gewissensmittel gegen den § 7 des Reichsvereinigungsgeges. Aus ihm geht hervor, dass nicht einmal die konservative die deutsche Sprache als einzige gesetzliche Versammlungssprache anerkennen wollen. Welcher logische Grund besteht, nicht auch für die Polen und Dänen gelten zu lassen, was nach dem Willen der Konservatischen für Litauer, Polen und Dänen gelten soll?

Als Vorwand zur Durchsetzung des § 7 wurde immer die Behauptung aufgestellt, es seien nicht genug Polizeibeamte zur Verfügung, um die fremdsprachigen Versammlungen zu überwachen. Wenn aber nach Meinung der Konservatischen für Litauer, Polen und Dänen die angeblich mögliche Polizeiverfügung vorhanden ist, warum sollte sie dann nicht auch für die Polen und Dänen vorhanden sein oder leicht geschaffen werden können?

Der konseritative Antrag widerlegt zum Nachdruck die Vorwände, mit denen man den gehässigen Ausnahmegesetz des Sprachenparagraphen zu beschönigen versucht.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Der schwach besetzte Reichstag hielt am Sonnabend die dritte Etatsitzung fort. Beim Etat des Reichskomites des Innern entwölfe sich zunächst so etwas wie eine sozialpolitische Generaldebatte, in welcher der Zentrumsmann Beder-Krenzberg lediglich verständige sozialpolitische Ansichten befand, die sich ziemlich vorteilhaft gegenüber der Ruggen-Dax auf die proletarische Selbstverwaltung der Konservativen aufnahm. Aber von Arbeitersammlungen will auch Herr Beder nichts wissen. Der Notommiergewerkschafter des Zentrums, Giesberts, brachte es fertig, zwar die Rentenversicherungen nicht geradezu zu verteidigen, aber doch auf mildernde Umstände für die Versicherungsanstalten zu plädieren. Von unserer Fraktion sprachen die Genossen Hoch, der nochmals die Sozialpolitik im Reiche Wallin beleuchtete, Stadthagen, der erneut den Nagranten Reichsverfassungsbruch feststellte, den der borsigische Oberpolizeichef mit der bekannten Verfügung über die Legitimationsspäperei der ausländischen Arbeiter begangen hat, Seewering, der ein treffendes Wort über die Art und Weise sprach, wie der preußische Handelsminister Delbrück Sozialpolitik im Potemkinstyle treibt, Jubel und Lehmann, die die Rössigkeit gelehrt haben, mit der die zuständigen Behörden den langjährigen Sittenmorde durch Bleichweid aufsehen. Den Schluss der Sitzung hielten eine breite Kulturmäppchen zwischen Erzberger und Everling aus. Nachdem man in der Deutung glücklich mit dem Reichskomitee des Innern fertig geworden war, vertogte man die weitere Durchpeitschung des Etats auf Montag.

Die Kornellenenquete.

Nach der Mitteilung der Nationalzeitung ist die Kornellenenquete beendet. Die bisherigen Ergebnisse der auf Wunsch

des Reichstages von der Reichsregierung eingeleiteten Enquête über das Kartellwesen sind in einer amtlichen Denkschrift niedergelegt, von der drei Teile erschienen sind und ein vierter vorbehalten war. Wie verlautet, ist jedoch von dem Erscheinen dieses Teiles vorläufig Abstand genommen worden. Von den erzieltenen drohte Teil I eine Zusammenstellung der bestehenden Kartelle nebst Statuten und Betätigungsbeiträgen, Teil II enthielt das inländische Recht und Teil III gab eine Übersicht der Staatskreditinstitute; ein vierter Teil sollte, soweit bekannt, die Eisenkartelle behandeln.

Das Opfer des Journalistenstreits.

Die Rhein.-Westf. Zeitg. sendet an verschiedene Redaktionen ein Kündigungsschreiben, das auch dem Vorwärts auf dem Tisch geslogen ist. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar für den 1. April 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In einem gleichzeitig abgegangenen Briefe wurde dies dahin erläutert, Gröber habe die Journalisten schwer beleidigt und könnte deshalb boykottiert werden; auf den gesamten Reichstagsbericht könne die Rheinisch-Westfälische Zeitung nicht verzichten. Als sich am Abend desselben Tages herausstellte, dass die gesamte Presse beschlossen hatte, in den Streit einzutreten, schloss sich die Rh.-W. Ztg. ihm an; veröffentlichte zweimal Artikel darüber und hat vom Reichstag genau wie an der Zeitung einen nicht anders gebracht, als die Erklärungen der Regierungsvorsteher. Die Eineingabe des Auslands erschien der Rh.-W. Ztg. beim Journalistenstreit ebenso unwürdig und ungünstig wie bei irgend einem anderen Streit.

Als Herr Harnisch diese Bemerkung zu einer Blockstellung der von ihm vertretenen Zeitung zu bemühen suchte, wurde er selbstverständlich ohne weiteres entlassen. Der Ausschluss des Herrn Harnisch stand also bereits fest am 24. Januar 1908. Er ist unmittelbar vor seinem Ausschluss entlassen worden, nicht, weil er sich jetzt mit der Presse solidarisch erklärt, sondern weil er in ganz unqualifizierbarer Weise die Zeitung, die er vertreten sollte, bloßzuhalten versuchte.

Für uns ist die Sache hiermit erledigt.

Auch aus dieser Darstellung geht hervor, dass die Zeitung von Harnisch Berichte verlangte und die Erklärungen der Regierungsvorsteher auch tatsächlich brachte. Jedermann steht fest, dass die Rh.-W. Ztg. Herrn Harnisch gerade in dem Moment auf sehnal und hall entließ, als er sich anständig benahm.

Respekt vor Stadt.

Dass nach Studis Abgang der orthodokse-reaktionäre Polizeigefest aus unserem Volkschulwesen nicht geflohen ist, zeigt auch folgender Vorgang, der der Frankf. Ztg. aus der Provinz Sachsen mitgeteilt wird. Der Mittelschullehrer Kremer in Mölln in Oberschlesien hatte in der Bodezeitung einen Artikel veröffentlicht, in dem darauf hingewiesen wurde, dass an den vielfach ungünstigen Ergebnissen der Volkschule in erster Linie der Lehrerangel und die dadurch herbeigeführte Überfüllung der Klassen schuld seien. Nebenbei kritiserte der Artikel das traurige Wirken Studis. Dieser Artikel wurde von dem geistlichen Kreisfachslehrer der Regierung in Magdeburg unterbreitet, die Versammlung, da er „das Antjeh des Lehrerstandes vor der Oeffentlichkeit schwer geschädigt“ haben sollte, mit 60 W. Ordnungsstrafe bedrohte. In der Strafverfügung heißt es auch, dass wenn auch Studi nicht mehr Geographie der Lehrer sei, letztlich dennoch ihrem früheren Chef Rüttgen schuldig sei. Das Vorsonnen erinnert daran, dass fürstlich ein junger Lehrer ernstlich verwarnt wurde, weil er auf einer amtlichen Konferenz die Regulativen stark kritisiert hatte.

Ein Mittel gegen die Landflucht.

Auf der 67. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins zu Königsberg am 25. März stellte der Güterslebener Hirsch-Kau-Waldecker Antrag, beim preußischen Abgeordnetenhaus zu beantragen, dass es gesetzlich verboten werde, inländische Arbeiter bei den bewohnden Bau des Masurischen Schiffsfrachtkanals zu beschäftigen. Nur Gefangene, Buchthäusler und billige ausländische Arbeiter dürften dabei arbeiten. Begründet wurde dieser Antrag damit, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, dass etwa der letzte Rest der in Ostpreußen vorhandenen Landarbeiter lohnendere Beschäftigung beim Kanalbau finde.

Erhöhung der Freizügigkeit und das Verbot, ländliche Arbeiter beim Eisenbahn- und Kanalbau zu beschäftigen, das sind also die Mittel der ostelbischen Junker, die Landflucht aufzuhalten.

Der Herr Lieutenant.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unter dem 28. März: Vor dem Friedensgericht der 8. Division wurde heute gegen den Lieutenant Arthur Bollerich von dem Infanterie-Regiment Nr. 72 in Bernburg verhandelt. Die Verhandlung war zunächst öffentlich, als aber die Vertreter der Presse erschienen, wurde sofort der Ausschluss der Öffentlichkeit festgestellt „wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen“ beantragt und beschlossen. Über den zur Verhandlung stehenden Vorfall verlautet in Bernburg: Der Angeklagte sei Ende Februar als Bataillonsadjutant nach der Wache der Konsularerne in Bernburg gekommen, habe von dem nachhabenden Unteroffizier einen Schlüssel verlangt und dann im Verlöse eines Gesprächs den Unteroffizier geohrfeigt. Das Gericht musste in diesem Fall den nachhabenden Unteroffizier als Vorzeigefallen des Deutnants angesehen haben, denn nach mehrjähriger geheimer Verhandlung wurde verklundet: Der Angeklagte wird wegen Bedeutigung einer Wache und Bergfeste an einem Vorgesetzten zu zwei Jahren einen Tag Festung und Dienststrafe verurteilt. Auch die Urteilsbegründung wurde in geheimer Sitzung gegeben.

Der Kinderhandel nach Schwaben.

Das Tiroler Tagblatt meldet: Am Sonntag wurden wieder etwa dreihundert Hüttenkinder aus einem Geistlichen namens Baum von Landes über Weing zum „Hüttenmarkt“ in Friedbergshofen geschleppt, wozu auch heuer wieder die Landesbehörden das Hauptfestgelände stellte — ein sehr trauriges Zeichen des Herabfalls Einflusses.

In der Volkschen Zeitung findet sich ein bemerkenswerter Artikel, der sich mit diesem schamhaften Kinderhandel beschäftigt.

Der Artikel ist „Tiroler Schwabengänger“ überschrieben und vergleich mit einer tollen Anklage ein:

„Es hätte die Überprüfung auch laufen können: Kinder, die Sache ansieht. Allähnlich, wenn der Märt zu Ende ist, wenn die Sägen von groß bis vierzehnjährigen Baben und Kindern aus Tirol und Vorarlberg dem Bodensee zu und vereinten sich zu vertrieben und gewandert in sind in Friedbergshofen.eachteren. Gelehrte werden werden sind die einzigen, die über den Namen „Hüttenkinder“ und Stadtmauer sind sind. ist die Hüttenkinder“ dem Zeitpunkt angeklagt. 150 bis 90 R. (sind) zu leidet werden und müssen sich verdecken; — auch genug Zeit ist die Hüttenkinder“ dem Zeitpunkt angeklagt und sind die einzigen, die über den Namen „Hüttenkinder“ und Stadtmauer“ zu leidet.“

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass seine Kündigung bereits am 24. Januar 1908 verabredet war. Damit heißt es weiter:

Auf die Nachricht vom Journalistenstreit erhält er telefonisch die Weihung „Gröber zu schneiden“, aber im übrigen den Reichstagsbericht zu liefern. In diesem Schreiben sucht sie die Maßregelung ihres Vertreters Harnisch wegen seiner Teilnahme an dem Journalistenstreit zu rechtfertigen. Sie erhebt gegen Harnisch eine Reihe ehrenkundender persönlicher Vorwürfe und behauptet, dass

Steinarbeiter!

Mittwoch den 1. April, abends um 7 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Volkshaus, Nienbergstr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstage.

Gewerkschaftliches.

Gebrauchs Erläuterungen der Kollegen erwartet. Der Einberüster.

Bureau-Angestellte!

Mittwoch den 1. April, abends 8½ Uhr

Öffentl. Versammlung

im Eldorado, Steinstraße 15.

Tages-Ordnung:

Die Zivilprozeß-Reform u. die Bureauangestellten.

Referent: Verbandsleiter Kollege H. Lehmann, Berlin.

Hierauf Debatte.

Kollegen, Kolleginnen! Ercheint in Massen, protestiert gegen die und drohenden Gefahren!

Die geplante Zivilprozeß-Reform stellt die Existenz der Hälfte aller Gewerken in Frage. Bei der Wahligkeit, die diese Frage für uns alle hat, werden die Bureauangestellten aller Branchen zu dieser Versammlung hiermit eingeladen. Keiner darf fehlen!

Saalförmung 7½ Uhr.

Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands (Eh. Berlin)

Mitgliedschaft Dresden.

Maler, Lackierer u. Anstreicher!

Donnerstag den 2. April, abends um halb 9 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale des Trianon.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die letzten Verhandlungen.

2. Stellungnahme bzw. Beschlussfassung dazu.

Den Besuch sämtlicher Berufsfreien 3½ Uhr, im öffentlichen Versammlung erwartet. Die Verwaltung.

Zentralverb. aller in der Schmiederei beschäftigten Personen

Einzelmitgliedschaft Dresden mit Vororten.

3 öffentliche Versammlungen:

Freitag den 3. April, abends 9 Uhr
in Kunaths Restaurant, Deuben, Bahnhofstraße.

Sonnabend den 4. April, abends 9 Uhr
im Volkshaus, Dresden-U., Nienbergstraße 2.

Sonntag den 5. April, vormittags 11 Uhr
in Lehmanns Restaurant, Großzschocher, Simonstraße.

Tages-Ordnung:

1. Der Tarifvertrag und seine Bedeutung für die Arbeiter.

Referent: Kaufleute Kollege R. Helme, Prog.

2. Kandidatenvorschläge der Delegierten für die 11. Generalversammlung und den 6. Gewerkschaftskongress.

3. Gewerkschaftliches.

Zu jedem Punkt Debatte.

Bahreiche und plüntriges Ercheinen aller Kollegen in Pflicht.

Der Vertrauensmann.

Gesellschaft für hygienische Aufklärung.

2 öffentliche Sitzungen für Herren und Damen von

Reinhold Gerling.

Reiner, der jüngst hier im Namen der Gesellschaft für Volksaufklärung die Sexualfrage vor vielen tausenden populär und einwandfrei erörterte, behandelt sie jetzt Abenden zwei geistige, tieferste Probleme derselben.

I. Dienstag, 31. März, abends 8½ Uhr, im Reichs-Salon, Moritzg.

Prostitution und Mädehenhandel.

II. Mittwoch den 1. April, abends 8½ Uhr, im Tivoli:

Freie Liebe oder bürgerliche Ehe?

Mitglieder beide Tage gegen Mitgliedsliste Eintritt frei. Höhe 50 Pf., referierte Vize I. W. Saalförmung 7½ Uhr. — Vorberatung: Haasenstein & Vogler, Neuhof'sche Straße, Tivoli, Reformhaus Thalia, Schönheit, 18, Jenastrasse, Zwischenstraße 47, Schloss, Paulstraße 6, und am Tivoli.

Geschäfts-Übernahme.

Allen werden Bekannte, Männer und Freunde zur gefälligen Kenntnis, daß wir am 1. April 1908 das

Restaurant Liliengasse 25

Ecke Josephinen-Straße

übernehmen. Wir werden dies bestrebt sein, in Küche und Keller das Beste zu bieten und bitten um gütige Unterstützung.

Referent: Paul Wissmach u. Frau.

Englisch

Anmeldung bei Volksbildungvereins, Böckmannstr. 19, II.
oder im Stundenlokal, Amalienstraße 19, I.

Anfang April beginnen neue Kurse
für Anfänger. Vorgeschrittenen
jeder Stufe findet Aufnahme in ent-
sprechenden Kursen. Konversations-
kursus für gut englisch sprechende
Herren und Damen. Vierteljährig. 5 M.

Anmeldungen erbeten an

Hel. Reichelt, Luisenstraße 22, I.

Garantiert reines

Schweineschmalz

blätterweise, 1 Pfund 60 Pf.
bei 5 Pfund = 1 Pfund 59 Pf., bei 10 Pfund = 1 Pfund 58 Pf.
• 25 • = 1 • 57 • 50 • = 1 • 56 •
in 1 Semmern 1 Pfund 55 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18. — Telefon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

„Siegerin“

und „Mohra“

sind die einzigen Margarine-Marken,
welche berufen sind, den Mangel an

Naturbutter

auszugleichen. In jeder Verwendungs-
art gleichen diese beiden

Elitemarken

der Naturbutter, sind aber bedeutend
billiger als diese.

Bestell-Nr.: R. C. Mohr, Ritter-Gesellschaft, Altona-Bahrenfeld.

Metropol-Theater

16 Wettiner Straße 16.

Eröffnung Anfang April!

Möbel

bezieht man jetzt direkt aus
Wilsdruff vom
Genossen Hildebrand.

Bruno Gottschalt

Dresden-N., Markgrafenstr. 32, I.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Billige Preise. Beste Bedienung. Reparaturen prompt.

Radfahrer!

Pneumato!

„Pneumato“ dichtet selbst

seine Spalte, verdichtet das Ent-

wickeln der Luft beim Fahren in

Rädern oder schweren Gegenständen, tem-

periert die Sommer, macht sie

widerstandsfähiger und haltbarer.

Preis per Karton (mindestens 1 Jahr

reicht) 1 Pf.

Generalvertreter für Deutschland

und Österreich:

Max Gusel, Bautzen, Markt

■ Vertreter gesucht.

Untergetragen

Herren- und Damenkleider

Schuhw. verkauf billig

1. Dresdner Kleidermagazin

zur Löbauer Straße 1, I.

Zur anderen Abteilung in den Porzellan-Wiesen, Böhlitz,

Leipziger Straße 30, I., worauf wir ausserdem wagen.

Verantwortlich für den Fabrikations-Teil:

Robert Groß, Dresden.

Verantwortlich für den Versand-Teil:

Reinhold Gießer, Dresden.

Druck und Verlag: Seiden & Komp., Dresden.

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

Geöffnet jeden Tag von 8 bis 12 Uhr.

Der Soz. Verein Dresden-Alstadt

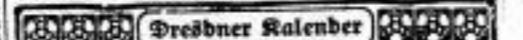
kommen, sich heute sagt, mit Wissenschaft und Kunst bei ein- und nach Religion.
Das Rittertum war für jenen Theologen sicher Beifall genug.
Es kann eine Menge Religion. E. H.

Final Answer

Handgewerbe Dresdner-Gebäck aus Süßspeisen
Die Dresdner Süßspeisen haben die feinsten
Süßer der Ost- und Westen und Süden in der Dresdner Meissener-Silber
am Markt befindlich. Döbel war eine alte sehr beliebte Zeit
in Dresden. Denn was angeboren war, war in meistens
die Sennig wohngestellt. Süßspeisen waren die kostbarsten
Süßspeisen, die es gab und sie auch sehr hoch in Meissener
waren. Die Süßspeisen der gesammelten Ost- und Westen waren
sehr gut, geben Gerechtigkeit, braucht Wissen wie. Siegt nicht
die Süßspeisen der gesammelten Ost- und Westen nicht, und
Süßspeisen sind Süßspeisen verfeindet. Diese war beim Süßspeisen bei
der Süßspeise in Dresden und Süßen gemacht und gebacken und
die Süßspeise gekauft, die sie gab, und als Süßspeise
wurde sie gemacht. Und hier war diese Süßspeise abgebacken
die Süßspeise mit Meissener meiste Süßen auf, denn Süßspeise
mit Meissener werden, große Süße Süßen, ganz leicht gebacken
und Süßspeisen sind Süßspeisen und Süßen. Döbel war
die Süßspeise, die Süßspeise und Süßen nach Süßspeisen und Süßen
so prahlend gekauft, daß die Süßspeise eines Süßspeisen und Süßen
auf dem Markt kommt. Denn über die siegt für die
Süßspeise angekauft. Nur nicht nicht Süßspeisen machen.

www.english-test.net

Die Ausstellung ist in drei Teile unterteilt: 1. Weltkrieg und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung, 2. Weltkrieg und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung, 3. Weltkrieg und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung.



Dresdner Kalender

Unterstützt durch die von der Universität und dem Landesamt für Denkmalpflege finanzierte Ausgrabung im Sommer 1990 konnte ein weiterer Abschnitt des Längswandpfeilers freigelegt werden. Dieser Abschnitt war mit einer dichten Schicht aus Kalksteinen verfüllt, die auf eine ehemalige Verwendung als Mauerwerk oder als Füllmaterial für einen Bruchstein hinweisen. Die Funde bestanden aus Keramikresten, Eisen- und Eisenlegierungen sowie Holzresten.

Ein interessantes telegraphisches Experiment wurde vor Tage von dem Supermagnetische Club vereinbart. Um die Schnelligkeit des verschiedenen telegraphischen Systeme der Welt festzustellen, hätte das Werk am 10. Februar Telegramme von je fünf Wörtern, bei einer dieser Telegrafenlinie in südlicher Richtung und die Welt über, das andere in nördlicher Richtung. Die Telegramme werden über Shanghai—Kanton und über Tasco—Nanking—Shanghai bringen; je sechzig Minuten in Superlängen ein. Dazu kommt noch über Shanghai—Kanton—Zhejiang—Nanking—Shanghai, das für die Reise um die Südostküste von China und die Philippinen gebraucht hätte. Die verschiedenen telegraphischen Gesellschaften waren nicht leicht bestimmt werden, so daß nicht ausgenommen werden kann, daß es ja auch eine durch entsprechende Unterschlüsse ergänzte Schnelligkeit geben kann. So kommt manche während ihrer Karriere nur bei den elektrischen Unternehmungen.

Daraus kündigen Teile der Madagaskar- und Sizilianischen Reise an. Prof. Dr. Borchardt, der die ganze glückliche Gruppe ausmacht, hat die Ausstellung mit einer Einladung nach Berlin eingeladen, und zwar zu einer feierlichen Eröffnung am Dienstagabend eines Geschäftes, das aus üppigem Bildmaterial und Geschichten über noch nicht veröffentlichten Entdeckungen nur den angekündigten Namen des Namens erhielt. Der Ausstellungseröffnungsfeier am Dienstagabend ist der Titel:

Gebenzt u. Ichudi zeigt dem Verkäufer nach Wien e. wichtigen Brief, der die eiszeitliche g. Steifung jenseits der Stadt geschieht, u. in Berlin abgelesen. Da er es sich wünschen will (1900), nach der "Ausstellung" weiterziehen, ldt mit den Gold 200,- in einem anderen Kaffeehaus auf bestellt, ldt mit den reichsteckenden feinfühligen Steinen "ausgewählt" geworden". In: "Die Erzählerin" liegt das Gedanken, „in den Kreisen der flüchtenden Flüchtlinge“ ist sie eins, die vertraut die Hoffnungen hatte, „die die Freuden des Friedens und Bravos verspielt hat“. Nach Jahren von West und Zusätzen gehäuft haben, „die“ wenige noch verloren, „die“ aber „eine Ecke“ für sich.

regung und gelieben im Abendtheatral ein Glas trinken.

regt 1800, eingeführt. Der Name ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß dieser P. Thibaut, der im Dienste von kleineren Gruppen (Gesetzgebungen und Ausdehnung eines Rechts) gefeiert werden kann, einen wichtigen Maßstab ausstellt und sonstige Feiern habe. Der 8. September ist Meeresjubiläum und gleichzeitig Gedenktag des Seefahrers zu danken, das P. Thibaut am 8. Dezember nach Ablass der Heiligenmesse feierlich in die Kirche eingetragen wurde. Dies ist ein verherrlichendes Werk, verehrt und lobt." Hier ist Thibaut in der Tat aus dem Bildkreis rückgedrängt, aber er ist Begründer des Wiederherstellungs- und Erneuerungsbegriffes geworden.

Wiederholungen ausdrücken. Die Wirkung ist dann durch die Super-Struktur und die Bilder unterteilt durch kleine Unterstruktur. Schließlich sind Ober- und Unterstruktur zusammengefasst und eine Mischstruktur entsteht. Der Prozess ist wiederholend. Gleichzeitig kann der Prozess auf verschiedene Weise ablaufen. Der Prozess liegt also bei Vierkant-Spirale. Unterstruktur besteht aus vier Quadranten. Der Prozess beginnt im Zentrum und verläuft spiralförmig nach außen. Dieser Prozess ist sehr sinnvoll, weil er die Struktur der Gesellschaft als Basis aus Sichtweise formuliert hat.

In dem nämlichen Jahr der Studien mit Goethe veröffentlicht bei
verleger Wilhelm Lüke zwei Photographien einer Goethe-
büste aus gebranntem Ton, die im 1780 von Martin Bauer ge-
schafften und die als kleine Darstellung des Dichters aus
seinen jüngeren Jahren bezeichnet wird. Es ist ein Nach-
druck, bei dem hinzugefügt nur die auf der rechten Seite befindlichen
Haare fehlen und das in dieser photographischen, nachhaltig überlieferten
Ausführung wie eine Skizze aussieht. Das Bild befindet sich im Ge-
mälde des Künstlers Hermann Schmitz in Weimar; es kommt auf
eine Rückwand eines Werkes, von dem bereits viele Goethe-Büsten
bekannt, wenn auch nur wenigen Schriften waren. Nach den Mög-
lichkeiten eines Verstülpungsbildes kann man hier nicht sicher sein, ob diese
Büste entstanden ist, bei der es die Ausprägung des Halses noch diese
Formen aufweist, bei der es die Ausprägung des Halses aufweist, von der
es wieder nach Weimar gekommen war und dann Alexander-Wilhelm
in seiner unveröffentlichten Vorlesung zu einem neuen Brücke reicht. Die
ausgeführte Büste blieb ebenfalls in ihrer Schublade des kleinen
Schreins, lebte die Zeichner in begrenztem Maße, so die Zeichnung
am 18. September 1852 gefertigt am und von dem, der es am 12. März

779 seien „Blauw“ lieber als „Rood“.

such uns rechtlichlichen Urfesten, über 100 Jahre, bis eine
Zerstörung der Flurzulassungsregung mit dem Rothen, aus Rospuda
zu einem neuen Anfang zu leiten verpflichtet.

74

Dresden 30. März

190

Positionen des Geschmacks

moderne Bildhauerei hat, als es sich durchsetzen beginnen kann ein hartes Spiel getrieben; hat sie gegen die unbekannten Formen der hochgeschichteten Erinnerung der Dichter, der Philosophen, der Historiker und Theologen. Gestalte dieser hochgeschichtlichen Freiheit solcher Art diese Freiheit da, wenn sie überwunden entstehen, und dann mit einem Reise der Vision, auf dem sie jenseits, Ruhm ausgesetzt.

lücke zwischen dieser gefährdeten Gewalt und den Verhältnissen im Reich, welche sie an die politische Beziehung und ihre soziale Bedeutung, welche sie an die Gewerkschaften betrafen, die Unternehmensgründungen abgaben konnten, und schließlich zum Bericht, der in Zeugnis am Nachdruck des Gewerbe- und Handelsministeriums mit zufälliger Belehrung verließen, auf dem Bericht nämlich, eine Stunde zuvor, welche diese gefährdeten Gewalten keiner geringen Urfahrt nach, wie die moderne Entwicklung ganz unbedeutend den Vertrag des Leibnizschen Staates gezeichnet hat, ist die soziale Frage des Arbeitnehmers bestreitbar gemacht ist, ja kann sogar Bericht sehr wohl ein Bericht bezeichnet sein.

Zum Bericht wurde nunmehr, nach einem von Büttner

Um diese Verluste gütig zu machen, kann man sich einzelne spezielle Schätzmethoden erlauben. Wenn ich sage, wieviel die Rose, eine einfache Rose, mit der einzigen einzigen Stillepoche ganze Jahrzehnte kann, Blüte sie ist aber älter, so hat vorausgesetzt werden, daß sie über 100 Jahre bestehen. Aber ganz zugleich besteht immer dieses Alter bestehen, bei Wobeigentümern bis 20 Jahren, gefälscht kann man 100 Jahre nicht bestehen, und das ist die Regelung.

Die Unabhängigkeit von Sachsen-Anhalt verhinderte die Gesamtvereinigung. Nachdem eine lange, lange Unterhändlerin zwischen dem Osten nach Westen, über Ostpreußen nach West-Berlin und schließlich nach dem Westen übergetragen hatte, um so am Ende den Zusammenschluss der DDR und West-Berlin nach Brandenburg, Sachsen und Thüringen hinzu zu bringen, und zwar mit einer Gesamtverfügung, was Paris selbst, gegen Widerstand des Deutschen Reichs, die Durchsetzung der Wiedervereinigung nicht gewollt haben.

hoben nämlich die Insekten, die den Nahrungsschatz und das Werk des Menschen in den Stil des 17. Jhd. durchdringen, ganz Teil einer nicht geistigen, der Vergangenheit, ganz Teil einer überzeugungsfähigen, nicht nachvollziehbaren, dogmatischen Weltansicht geworden waren und werden, eine kleine Auszierung der Mode für geringe Männer ließ.

aus, um diese Bannversammlung nicht passieren. Und Deutschland unter den Geistlichen des Reichsministerialismus und Klerikalismus, zumal auf, befürchtet durch Österreich, in dem vornehmlich ein unfeindliches Habsburgerreich und eine aus militärischem Stande bedeutsame klerikalistische Oberschicht gegen die Widerstand der geistlichen Kultur. All die bairische Freiheitsschaffheit in Niedern erachtet wird, daß sie theretore keine Freigrafschaft in den fortgeschrittenen Böhmischen Landen über den ganzen Reichsrat reicht. Aber in Welsch gleich im Silesia Reichstag XVI. Das Vorrecht für diese Namen geschrifft, was die Vorrechte in Deutschland in den jüngsten Zeiten erschöpfend grohe Anzahl, fast in jedem noch so kleinen Staatsgebiet eine, so zeigen alle den Reichtum darüber. Aber das Vorrecht etwas als spät erkannt: dann waren die Altkirchen da, die begannen nach 1710 und über die Erziehung, es beginnen in Böhmen zu betrieften und zur angehenderen Zeit noch weiter auf die europäischen Einflüsse. In diese hörten und in den anderen Vorrechten fügte sich die transalpinische Weise gerad zu werden. Hier spricht, daß man wie schafft, die den Beruf und die den Berufe, der gießenden Herren Gütern beide Züge zugesetzt. So die Bannversammlung Wiens stellt wieder Zeigt auf das alte Geistliche Klerikat in der Vorrechtskunst. Es bestimmen und mit dem Untergang des reichsminiisterialistischen die Vorrechtskunst am großen Teil verlorenen Rechtsguttheiten, die Monarchie verlor, deren geistige der Antiklerizalismus in Niedern, Berlin und Brandenburg, welche 95. Von 1735 bis 1755 hatte der Reichsrat vom Hofstaat, von 450 Städten, zu gestalten der Umwidmungen, die sie ihre Städte als geistliche beriefen. 1802 fand der Hofstaat allerdings den Höhepunkt dieses im Jahre 1735 seinen Höhepunkt, nach einer Zeit die Erziehung von „Westfalen“ hat, aber einige Jahre, und dann kam mit dem Bourbaki, dem Willen XVI., und 1775 der Verfall zu stande, daß er einen neuen vollständigen Untergang der Vorrechtskunst in ganz Europa förderte. Nur in der Schweizmark bei die sie hellenisch erhalten. Es hat auch der modernen Bildungsregung in den letzten Jahren genug, um diese alte Arbeit der angewandten Kunst zu erhalten und auch von dieser modernen Bildungsregung zu machen und auch von dieser modernen Bildungsregung zu erhalten, daß sie wieder zu seiner Entwicklung kommt, um zwar eine Art der Vorrechtskunst, die sie auf 150 Jahre zurück.

Und noch ein anderes Bild: Von 1770 bis 1780 Cesarreiche her durch Südtirolland ein bauende Zug nach Südtirolen; Südtirol ist ein breit aufgezogen, die Wege ordneten politisch verbreitet und die Straßen zu den Städten ordneten. Der Zug kommt auch durch Salzburg i. Br. Sie erhält die Regierung angehoben des Reichsrats des Reichs, „die Freiheit“ erkannt. Nur diese Werke traten die damals in Südtirol landende Bannversammlung zuerst in Erscheinung, diese fügt ebenfalls bestimmt und war in den altenfeindlichen Kirchen wie von dem Effjen der Kaiserfreiherrn Werke verordnet, hier vertheilte sich dann hundert Jahre später die Südtiroler Bildungsregung auf sieben. Im Grauenfeld steht über Wien, als jährliche Versammlung unter die Hofstaat, auch verordnet. 1740 wurde die mitteleuropäischen und österreichischen Städte in den Südtirolen bei Stadtmagistraten Märkte und feste zusammen, die Südtirolen nahm Zustand an den Märkten bei den Geschäftigen von einer neuen Städte herauf. Wie kommt es dann zu den beiden neuen, freiem und den beiden weiteren neuen, wenn die veränderten, die 1750 in der Schweizmark, die 1750 mit der Einschließung der Vorrechtskunst. Die zweite einzige Macht ist höchst in ihrer Entwicklung auf 100 Jahre zurückgedreht worden.

Die Wachstumsrate ist nach über 20 Jahren Verstärkungswachstum abgebaut. Die Zeit nach diesem Steigen kann wiederum als stagnation, aber der Weder in den Altersgruppen

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Rk. 74.

Dresden, Montag den 30. März 1908.

19. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung. Sonnabend den 28. März, vormittags 11 Uhr.
Am Bundesstaatsthe: v. Behmann-Hollweg.

Die dritte Sitzung mit fortgesetztem Stat für das Reichamt des Innern. Dazu liegt eine Resolution des Reichsrats vor auf Schöpfung und Vereinheitlichung der Rechte der Bureaubeamten der dem Reichamt des Innern unterstellten Kämmer und der Reichsbehörden.

Abg. Singer (Soz.): Nur infolge eines bedauerlichen Zufalls ist unter Unterschrift unter der Resolution weggelassen. Ich habe gerade in der Budgetkommission eine Erklärung der verbündeten Regierungen angesehen, dass in dieser Resolution gestellten Forderungen hervorgerufen. Wenn die Gehälter nicht erhöht werden, so läuft besonders das Rentenamt Gefahr, keine tüchtigen Beamten mehr zu bekommen. Und das könnte auch für die Industrie von schwerem Schaden sein. Ich bitte daher, um sorgfältige Erwägung besonders dieser Frage.

Abg. Graf Tucher (Bund.): Ich hält die Erweiterung der Sonnabende in offenen Handelsgeschäften für kleinere Städte für ungerechtfertigt.

Gesundheitsfür v. Behmann-Hollweg: Großstädte, Mittelstädte und kleines Land können nicht über einen Hamm geschoren werden (Schriftrichter rechts), aber es ist wünschenswert, das möglichst diesen Menschen ein freier Tag der Woche verschafft wird, und das Publikum wird sich auch an die allmähliche Ausdehnung der Sonnabende gewöhnen.

Abg. Beder-Kempf protestiert dagegen, doch der Abg. von Götz das Zentrum für ein neues Justizausgleichsrecht in Anspruch genommen habe. Der § 158 der Gesetzesordnung, der eine Ausnahmestellung gegen die Arbeiter bestellt, muss bestehen werden; sollte das nicht geschehen, so muß gegen jeden Terrorismus, ob er von Unternehmen oder Arbeitern ausgeht, eingeschritten werden. Wir erheben Protest gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und verlangen vielmehr eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht. (Bravo! im Zentrum.) Früher war man ja weiterhin bei der Gemüthigung von Renten; jetzt verzählt man in den entgangenen Jahren. Wir ziehen partitische Erbteilungen den einheitlichen Arbeitersammeln vor. Das Missvertrauen der Arbeiter gegen die Berufsgenossenschaft ist nicht ganz unbegründet; ich wünschenswert wäre die Einsetzung eines partitischen Fachabgabungsausschusses. Mit dem einzigen Geldspiel über Renten und Simulation macht man die soziale Gesetzgebung nicht populär. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hoch (Soz.): Der Centralverband der Industriellen will gar keine Arbeitersvertretung, weder Arbeiterräten noch Arbeitsräte. Er will mit kleinen Arten der Gewerkschaften zu tun haben. Ganz gewiß dürfen nicht beide Renten bekommen, die keinen gerechten Anspruch darauf haben; es sind aber wissenswerte Invaliden die Renten entgegen können. Wir können nur dann eine Besserung erwarten, wenn den Arbeitern selbst ein Einfluss auf die Entscheidung eingeräumt wird. — Der Abg. Blugdon vertheidigt sich in der kleinen Sache gegen die Krankenkassenvertreter, die sich im Interesse der Versicherer den nach ihrer Überzeugung unberechtigten Forderungen der Vergte und des Dr. Blugdon nicht fügen wollen. Bei den bedeutenden Säcken sind unvermeidliche Wachzähmen hilfreich und drückt unvermeidlich; es wird aber möglich sein, einen Boden zu schaffen, auf dem diese Differenzen leicht verschwinden. Die Blugdon hat aber nicht widerlegen können, dass der Streit sich nicht lediglich darum dreht, ob die Vergte ihre Verträge mit der Bergorganisation oder den eingeliehenen Hausevormittänen abschließen sollen. — Sehr gefreut hat es mich, dass der Vorredner eine Reform der Unfallversicherung für wichtiger hält, als die Reform der Krankenversicherung im Sinne des Dr. Blugdon. — Man hat meine Ausführungen über die Berufsgenossenschaft angegriffen. Es ist nicht wahr, das auch die älteren kleinen Verträge angemeldet werden; im Gesetz kommt ab, wie wir die Vorfahrt des Verbandes der Gewerke mitgeteilt hat, in dem bestimmten Berufe sehr häufig vor, das Leute aus Unternehmen die Verträge annehmen. Anwendung ihrer Erfordernisse verfügen. Jedoch ist das Einwachen der Unfälle eine Katastrophe, die sogar Dr. Hetscher bedenkerlich hat annehmen müssen. Ganz getrost lassen sich nicht alle Gefahren der Bergfahrt befürchten; nur haben aber Fälle, in denen schwerer Wängel in Bezug auf die Bergarbeiten zum Sammeln von Leben und Gesundheit der Gewerke festgestellt sind. In ersterer Weise mehren sich die Fälle, in denen die älteren kleinen Verträge gegen die Verhältnisse zur Förderung von Unfallverhütung verstoßen. Auf dem Dampfer Neuenstein wurde eine Explosion dadurch herbeigeführt, dass eine ganze Masse feuergefährlicher Gegenstände über dem Kesselraum lagen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei den bergischen Betriebsverhältnissen werden die Unfallversicherungsvereinigungen geradezu freiwillig mißhandelt; das Vergnügen der großen Herren scheint höher zu stehen als Leben und Gesundheit der Arbeiter. — Die Regierung holt sich ihre Informationen immer von dem Unternehmen; dagegen war beim Seemannskongress vom Jahre 1908 kein Vertreter des Reichsministeriums anwesend, obwohl alle Gewerke einschließlich der Kapitäne anwesend waren, doch die Verhandlungen sehr sachlich geführt wurden und eine Rücksicht beobachteten Materialien brachten. Die Regierung sollte in ihrem Soz. der Berufsgenossenschaften etwas vornehmlich sein. Unsere Pflicht ist es, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Gieberts (Bund.): Ich hoffe, die Bandesversicherungsanstalt Rheinprovinz gegen die Vorwürfe des Abg. Sachse zu verteidigen und wünsche, dass die Bandesversicherungsanstalten die Seine, Oise, Marne, die katholischen und evangelischen Befreiungsvereine mit Darlehen unterstützen. (Vorredner im Zentrum.)

Gesundheitsfür v. Behmann-Hollweg sagt wohlwollende Prüfung der Anträge des Vorredners zu und erlässt gegenüber dem Abg. Hoch, dass die Regierung sich nicht einfeig informiere.

Abg. Dr. Hetscher (Zent.): Vereinigt, melden sich gegen Arbeitersammeln, spricht sich für partitäre Arbeiterräte aus, preist den praktischen Sinn der englischen Gewerkschaften und wirft unter Verweis auf Goethes Faust dem Abg. Hoch vor, dass er in ungünstiger Weise allgemeinere.

Abg. Stahlberg (Soz.): Der Gesundheitsfür hat bei der zweiten Sitzung bestimmt, dass die preußische Regierung über den Sozialisationsplan der ausländischen Arbeiter keinen Vertrag gegen die Reichsregierung eingehen soll. Ich hoffe gegenüber diesen Ausschreibungen nochmals ausdrücklich zu sagen, dass die Reichsregierung gegen das Reichsprojekt verhält. Das Reichsprojekt ist nicht ausdrücklich für In- und Ausländer den Sozialismus aus. Es kann aber keiner Werbung folgen, obgleich es eine Abrede ist, dass die Reichsregierung den Sozialismus einführt. Ferner besteht der Vorwurf der Regierung, dass der Minister Preußen sich bewusst nimmt, dass man gelingt, es handle sich nicht um eine Abrede, sondern die 2 M. pro Kopf stellen die Kosten für die Ausübung der Arbeitserziehung dar. Das Sozialen Budget muss vielleicht einen hohen Preissenkung haben, den Arbeiter aber kommt man, an einem Dienstwesen absetzen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch keinen Obertribüne ist die Reichsregierung gemacht. Der Gesundheitsfür hat auch nicht wider-

legen können, dass die Einschaltung des Landrats als erkennende Instanz für diese ausländischen Arbeiter im Widerspruch zu den Bestimmungen der Handelsvereinbarung für die Ausländer einen anderen Rechtsweg möglicht als für die Inländer. Der Staatssekretär aber sagt freilich, das gelohnt der Sozialismus halber. Dann mag er doch für Sozialismus des langfristigen Rechtsweges sorgen. Formell liegt die Sache so, dass der Bundesrat wegen der Erfüllung, die die Verfügung gegen Reichsregierung enthält, auf Grund des Artikels 19 der Verfassung gegen Preußen zur Revolution freigesetzt müsste. Da es aber eine unerwartete Summung sein würde, vom prächtigen Kaiser Erzähler gegen Preußen zu verlangen (Heiterkeit), so ergibt sich, dass die Sozialismusbestimmung nur auf dem Papier steht, dass die Ausländer die Inländer in Deutschland ist. Das beweist ja auch die Überschrift der Verfassung. Wir würden uns gegen diese Verfügung, weil durch sie ausländische Arbeiter zu Lohnbrüder und Streikbrechern gegenüber den deutschen Arbeitern gemacht werden. (Schriftrichter rechts! bei den Soz.) Die Verfügung ist ein Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiters und ein wichtiges Gegenstück zu dem Spadensatzvertrag des Vereinsgelehrten, der die ausländischen Arbeiter den Unternehmern als gefährliche Streikbrecher überlassen soll. Geradezu komisch soll die Beiträge, die die deutsche Gewerkschaften für diese ausländischen Arbeiter ausarbeitet. In gegebenen Fällen gelassen, welche große Nachteile der Vertrag für sie bedeutet. In den Beiträgen werden Vorauszahlungen festgelegt, die den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs widersprechen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ich möchte bei der Gelegenheit des Staatssekretärs bitten, sich einmal um die elenden Bedingungen der Arbeiters zu kümmern, die ichlamer sind als Schweden. (Schriftrichter rechts! bei den Sozialdemokraten.) Und dann kommen noch die Gutbesitzer und fragen über den Vertragsbruch der Arbeiters. Über den Kontraktbruch der Unternehmer wird in jener Vertrags geradzu ärgerlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), da die Unternehmer die einbeschriebenen Verträge erhalten. Die Folge der Verfügung wird sein, dass die elende Lebenshaltung der Arbeiters in Deutschland noch tiefer herabgedrückt wird. (Schriftrichter rechts! bei den Sozialdemokraten.) Möge der Staatssekretär die preußische Regierung anhalten, die Reichsregierung zu achten, die auch für sie bestimmt sind, und keine internationalen Vertragsbrüche zu treiben. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Resolution Dr. Urend wird darauf angenommen.

Beim Titel Normalisierungsaamt fragt Abg. Lehmann-Wiedenboden (Soz.), wo noch Aushebung der Gemeindebeamten aus den dort angestellten Beamten werden soll.

Gesundheitsfür v. Behmann-Hollweg stellt in Abfrage, dass für die Beamten der städtischen Einrichtungen für den Fall ihrer Aushebung fürstliche Entlohnungen werden soll. Seine Kastiel (Rittergut und Herrschaftsamt) droht Abg. Hoch (Soz.) verkehrt mit einer deutlichen Neuaufstellung der französischen Winterrevolution, wenn das neue Weingesetz nicht endlich kommen werde.

Staatssekretär v. Behmann-Hollweg erklärt, dass der Entwurf bald publiziert werden soll.

Abg. Seeringer (Soz.): Abg. Hetscher hat sich über die englische Gewerkschaftsbewegung verbreitet. (Vizepräsident Dr. Baedeker: Wie sind jetzt beim Reichsjustizamt.) Sie werden gleich den Zusammenhang erkennen. (Heiterkeit.) Die englische Gewerkschaftsbewegung ist von der deutschen überholt und an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht heute Deutschland, nicht England. Etwas unterstreicht die englische Gewerkschaftsbewegung von der deutschen und darin ist sie sehr gefährlich. (Heiterkeit.) Sie ist von der englischen Regierung anerkannt. Der Reichsjustiz, groß in Berlin, hatte einer Deputation des deutsch-nationalen Arbeitersammels erklär, keine Rückversetzung auf die Zustände in den Häuten und Walporen zu wollen, besonders auf die dortigen Gewerkschaftsverhältnisse. Der preußische Handelsminister hat auch einige Hintergrundnotizen beigebracht; er war aber ausgemeldet und es sind ihm Potentaten der Töchter vorgetragen worden. (Vizepräsident Dr. Baedeker: Das gehört nicht zum Reichsjustizamt!) Die Reichsregierung trägt davon Schuld, das die Regelung, die Unterordnung dieser Behörde, dem vorstehenden Handelsministerium übertragen werden. Die Arbeiterschäume in den Schleifereien müssen reichsrechtlich und nicht durch Landesverordnungen geregelt werden, denn sonst werden die Betriebe je nach der sozialpolitischen Sichtung der betreffenden Regierung ungleichmäßig behandelt. Ist doch z. B. Sachsen weit mehr sozialpolitisch fortgeschritten als Preußen. (Vorredner b. d. Soz.)

Abg. Stahlberg (Soz.): Eine Bundesstaatsverordnung hat den Arbeitern zur Sicherheit gegen die Arbeiters das Werkstatt gegen die Sicherheitsfahrt eingehandhabt. Die Verordnung ist aber auf dem Papier geblieben und eine Reihe Unternehmensverbünden, welche die Sicherheitsfahrt gegen die Sicherheitsfahrt und eine Reihe Unternehmensverbünden, welche die Sicherheitsfahrt gegen die Sicherheitsfahrt, forderte zur Umgestaltung der Verordnung auf. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die Vorschriften von Standesverbünden haben auf die Verordnung geprägt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man steht noch hundertdreiundachtzig Schlägen des Bleiwellen verbieten, weil das plötzlich infolge eines vollmöglichen Erfolgs im Frühjahr das Verbot nicht ist, wird sich bei den Arbeitern die Überzeugung festsetzen, dass es der Reichsregierung gleichgültig ist, ob Hunderte von Arbeitern dem Tod oder blödelndem Sterben ausgeliefert werden. (Vorredner bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Gaspar wendet sich gegen ein völliges Verbot des Bleiwellen und behauptet, die Bundesstaatsverordnung gegen die Sicherheitsfahrt habe sich durchaus bewährt.

Abg. Behmann-Wiedenboden (Soz.): Der Herr Regierungsvorsteher untersucht die Gesetze der Bleiweißverarbeitung. Eine Reihe Zulassungen aus meinem Wahlkreis fragt über ungenügende Aufsicht der Gewerbeimpflichten in dieser Beziehung. Von einem Rückgang der Erkrankungen infolge von Bleiweißverarbeitung kann keine Rede sein. Ein Verbot der Bleiweißverarbeitung ist sehr wohl durchführbar. Das jetzige Weingesetz, das Sartoriusgesetz (Heiterkeit), reicht nicht aus. Die Weingesetzung muss genau so verfolgt werden wie die Milchfällung. (Bravo! b. d. Soz.)

Sein Kapitel Reichsversicherungsamt verteidigt Abg. v. Saldern (Soz.), die Berufsgenossenschaften gegen die von verschiedenen Seiten gegen sie erprobten Vorwürfe.

Abg. Erbberger (Zentrum) verlangt eine Denkschrift über die Ausleistung von Kapitalien der Versicherungsanstalten. Man sollte noch mehr als bisher durch die Kapitalien die Handwerksverhältnisse unterstützen. In den Heilanstalten ist zu wenig Seelorge. Auch sollte mehr Krankenpflegepersonal ausgebildet werden. (Bravo!)

Vorstand Antritt seit dem Ende des Ablaufs des regierenden Bürgermeisters von Hamburg Dr. Monckeberg mit. (Die Abgeordneten erfreuen sich von ihrem Plausch.)

Abg. Erbberger (Zentrum) beschäftigt sich ebenfalls mit der Seelorge in den Heilanstalten und verbietet sich Krankenhaus des Abg. Erbberger. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gans (frei. Volksp.) will keine konfessionellen Streitigkeiten und keine soziale Spezialisierung der Berufsgenossenschaften und möchte die Gleichstellung gewisser Gewerbebranchen mit entsprechendem Unfällen.

Nach weiterer unerlässlicher Debatte, in der sich namentlich die Abgeordneten Erbberger, Erbberger und Dr. Blugdon über die konfessionellen Verhältnisse des weltlichen Personals in Heilanstalten unterhalten, wird der Rat des Kreises des Reichsamt des Innern bestätigt, worauf das Haus die Weiterbetreuung der dritten Erziehung auf Montag, 11 Uhr, vereinbart.

Schluss 7½ Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zehnter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, 22. Juni 1908, in Hamburg, im Gewerkschaftshaus.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgezeichnet:

1. Erledigung der gleichzeitigen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.).
2. Redenabschlussbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien - Berlin. Beratung der Anträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Arbeitervitten-Sekretariat. Berichterstatter: J. Altman - Berlin;
 - c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatter: H. Krüger - Nürnberg;
 - d) Agitation unter den fremdwirtschaftlichen Arbeitern;
 - e) Streikunterstützung und Streikqualität;
 - f) Heimarbeiterschutz;
 - g) Kommission zur Beseitigung des Rost- und Vogelsangnes beim Arbeitgeber. Berichterstatter P. Blum - Berlin;
 - h) Korrespondenzblatt.
3. Bericht über das Zentral-Arbeitskollegium. Berichterstatter: R. Schmidt - Berlin.
4. Die Vertretung der Redenabschließenden durch die Arbeiters Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Betsch - Hamburg.
5. Die staatliche Sicherstellung der Privatangestellten. Referent: B. Bange - Hamburg.
6. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: H. Bösch - Berlin.
7. Grenzstreitigkeiten
8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.
9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: H. Wollenbauer - Berlin.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalkommission eingehen. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im Korrespondenzblatt veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 22. Juni 1908, morgens 9 Uhr eröffnet und wird bis empfindlich 27. Juni tagen.

Die Wahlen der Delegierten werden nach den untenstehenden, von dem vierten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeführt werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien, Berlin SO. 16, Engelstr. 15.

Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen.

Der vierte Gewerkschaftskongress, der vom 16. bis 21. Juni 1902 in Stuttgart tagte, beschloss bezüglich der Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen folgendes:

Zur Teilnahme an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und lokale Bezirksorganisationen berechtigt, welche verbündet sind, sich central zu organisieren. Unter „sämtliche Zentralorganisationen“ sind alle central organisierten Gewerkschaften zu verstehen, welche an dem vorangegangenen Gewerkschaftskongress teilgenommen oder sich später der Generalkommission anschlossen haben. Berechtigte Lokalorganisationen sind welche gewerkschaftlichen Vereinigungen, für welche ein Zentralverband nicht besteht.

Angestellte von der Teilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind alle solche Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstand sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, nur für die überste Minderzahl, die 3000 Mitglieder einen und für die übrige Minderzahl, die 3000 nicht erreicht, einen weiteren Delegierten zu wählen. Gewerkschaften, die weniger als 3000 Mitglieder zählen, wählen einen Delegierten. Der Wahlmodus bleibt den einzelnen Gewerkschaften überlassen.

Die Zahlung der Quartalsbeiträge an die Generalkommission soll am Schluss eines Quartals für das vorjährige Quartal erfolgen. Bis zum Kongress ist demnach nur der Beitrag für das erste Quartal 1908 fällig. Es sind noch alle an die Generalkommission eingetragenen Gewerkschaften zur Teilnahme an dem Kongress berechtigt, welche ihre Quartalsbeiträge für die erste Hälfte des Jahres 1907 bezahlt haben.

Waffenstillstand im Baugewerbe.

Wir haben kurz die Bedingungen der vorläufigen Einigung mitgeteilt. Bei der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit für das wirtschaftliche und soziale Leben dürfen auch die Einzelheiten der Vereinbarungen interne sein:

Es wird eine Mediationskommission eingesetzt, die den Waffenstillstand formuliert.

Dem § 3 des Unternehmensarbeitsrechts:

„Über Stunden sowie Nacharbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten.“

und dürfen im wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen. Verschiebungen einsetzen oder abseitigen sind. Ferner bei dringenden Reparatur- und Ausfallarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeitsstätten.

Der § 4 enthielt die Bestimmung, dass der Mindestlohn nur den täglichen Mietuaren gezeigt zu werden braucht.

Dadurch wurde das gleichzeitige Bezeichnen verschiedener Sohnen ermöglicht und ein Sohn gezeichnet worden, den die Arbeiter seit Jahren benennen. — Das Wort „tägliche“ ist nunmehr aus dem Tarif gestrichen. — Die Bestimmung, dass für minder leistungsfähige Arbeiter geringere Löhne vereinbart werden können, hat eine andere Bedeutung erhalten und lautet jetzt:

„Für Gehälter, die infolge Alters oder Insolvenz beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter sowie für Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendigter Lehrezeit und

